

Potsdam, 09.11.2017

Pressemitteilung

„Anstoß für eine gesellschaftliche Debatte“ – Woidke bei Mahnmal-Einweihung vor DDR-Kinderheim in Bad Freienwalde

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

presseamt@stk.brandenburg.de

Ministerpräsident Dietmar Woidke hat Offenheit und Ehrlichkeit beim Umgang mit dunklen Kapiteln der Geschichte angemahnt. Bei der Einweihung eines Mahnmals vor dem ehemaligen DDR-Kinderheim in Bad Freienwalde verwies er am heutigen Jahrestag des Mauerfalls auf das Leid und das Unrecht, das Kindern in Heimen der DDR zugefügt worden war. Woidke: „In diesem Heim wurden jene durch den Entzug von Menschlichkeit bestraft, die sie am dringendsten gebraucht hätten: Kinder und Jugendliche, die sich in persönlichen Ausnahmesituationen befanden.“

Noch heute gebe es Unwissen darüber, warum Kinder dorthin gebracht wurden und was sie dort erlitten. Woidke: „Wir müssen dieses Kapitel unserer Geschichte aufarbeiten und dürfen dabei **nichts klein oder schön reden**. Vor allen Dingen dürfen wir die Betroffenen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen.“ Er dankte den **Initiatoren des Mahnmals**, die sich für die Erinnerungsstätte eingesetzt hatten.

Woidke: „Das Mahnmal kann Anstoß für eine gesellschaftliche Debatte sein. Wir brauchen einen **vorbehaltlosen gesellschaftlichen Austausch**, in dem es nicht darum geht, die DDR und die hier lebenden Menschen schlecht zu machen. Sondern darum, die Menschen ernst zu nehmen, denen Leid widerfahren ist, ihnen zuzuhören und zu hinterfragen.“

Ministerpräsident Woidke hatte die Anfertigung des Mahnmals mit 3.000 Euro aus Lottomitteln gefördert. Außerdem unterstützte das Land Brandenburg in der vergangenen Woche im Bundesrat eine Initiative, mit deren Hilfe DDR-Heimkinder ihre Rechte länger und einfacher durchsetzen können. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass Anträge auf Wiedergutmachung zehn Jahre länger, also bis 2029, gestellt werden dürfen.